

Hauptsorge gilt“. Ja es besteht die Gefahr, daß sie sich vom Religiösen löst, wenn sie Menschen guten Willens gewinnen kann, die nicht Christen oder überhaupt ohne religiöse Bindungen sind.

Diese hier nur ganz kurz angeführten theologischen Bedenken werden in dem Bericht selbstverständlich nicht so kategorisch, aber doch sachlich eindeutig vorgetragen.

In einem zweiten Kapitel beschäftigt sich der anglikanische Bericht mit den psychologischen Methoden der MA. Unter Berufung auf Freud, Adler und die moderne Sozialpsychologie werden eine Reihe von Bedenken gegen die Art und Weise erhoben, wie die MA ihre Mitglieder geistig „ausrichtet“. In der Kirche gilt es als eine der vornehmsten pastoralen Regeln, daß der geistliche Führer den Geführten nicht an seine Person bindet und ihm zu möglichst großer Selbständigkeit hilft. In der MA dagegen liegt die Gefahr nahe, daß die Bewegung oder die Gruppe sich selbst zu einer absoluten Autorität erhebt. In diesem Anspruch zeigt sich, wie der anglikanische Bericht bemerkt, zugleich irgendein Minderwertigkeitskomplex. Er wird bestätigt durch die ganz außerordentliche Empfindlichkeit der MA gegenüber jeder Kritik. Die vollständige Hingabe und Loyalität, die die Bewegung von ihren Mitgliedern für sich selbst beansprucht, die Weise, in der sie sich selbst in den Mittelpunkt des Lebens ihrer Anhänger stellt, hat etwas Sektiererisches an sich.

In einem weiteren Abschnitt beschäftigt sich der Bericht mit den sozialen Zielen der MA. Die Bewegung verkündet die soziale Erneuerung der Welt allein aus dem Geist der Liebe. Sie übergeht die Tatsache, daß das menschliche Leben und Zusammenleben sachimmanentes Strukturgesetzen unterliegt, die zu beachten zunächst eine Sache der Gerechtigkeit ist. Der Geist der Liebe allein kann die sachlichen Probleme der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nicht lösen. Das Richtige zu finden ist Aufgabe eines mühsamen sachbezogenen Denkens, das allein zu

konkreten Lösungen führt. Die Ansicht, die innere Umwandlung der Menschen würde automatisch alle Probleme aus der Welt schaffen, ist utopisch, und zwar in doppelter Hinsicht. Sie unterstellt erstens eine Möglichkeit, die nach Ausweis der Bibel niemals verwirklicht werden wird, und sie unterstellt zweitens, daß die Unvollkommenheit der Erde und der menschlichen Gesellschaft ihren einzigen Grund in der Selbstsucht der Menschen hat. Außerdem stellt sie die Überwindung dieser Selbstsucht viel zu einfach dar. Die Bibel weiß besser, daß der Prozeß der Bekehrung des Menschen langwierig ist und niemals zu Ende kommt.

In einer Schlußbetrachtung stellt der Bericht fest, daß die MA in gewisser Weise ein „Gericht über die Kirche“ ist. Sie habe eine Lücke ausgefüllt, die eigentlich nicht hätte entstehen dürfen. Viele Menschen, die von einer geheimen Sehnsucht nach Änderung und Besserung ihres Lebens erfüllt waren, haben in den einfachen Grundgedanken der MA eine Erfüllung ihrer Sehnsucht gefunden, die ihnen eigentlich durch die Kirche hätte zuteil werden sollen. „Es muß gesagt werden, daß die MA in ihren Reihen eine große Zahl von Männern und Frauen in aller Welt zählt, die von ernster Gesinnung, gutem Willen und Opfergeist erfüllt sind. In der Bewegung lebt ein ansteckender Elan der Hoffnung, eine Kraft und ein Enthusiasmus, die in der Kirche nur allzuoft fehlen. Das macht uns die Kritik so schwer und macht sie so mißverständlich.“ Auch die katholischen Kritiker der MA würdigen die Tatsache, daß die MA eine beträchtliche Zahl von Menschen für hohe menschliche Ideale zu begeistern vermocht und manch einen auf den Weg zu Gott geführt oder zurückgeführt hat. Niemandem fällt es leicht, an einer so edlen und erfolgreichen Bewegung Kritik zu üben. Andererseits kann aber auch nicht geleugnet werden, daß das „Mysterium von Caux“ zu einem Teil aus mysteriösen Zweideutigkeiten besteht, deren Aufhellung das Recht und die Pflicht der Kirche und ihrer Theologie ist.

Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens

Die orientalischen Christen zwischen Islam und Kommunismus

Die Ausbreitung des Islams im Vorderen Orient hat es mit sich gebracht, daß die Kirchen des Ostens in ihrer eigentlichen Heimat zur fast völligen Bedeutungslosigkeit herabgesunken sind. Lediglich die Maroniten im Libanon und in weitaus minderem Maß die Kopten in Ägypten sind heute im Vorderen Orient noch mehr als interessante Überreste des großen „christlichen Orients“. Die Gemeinden der orientalischen Kirchen sind merkwürdige Gebilde ethnischer und konfessioneller Art — nicht unähnlich den jüdischen Gemeinden in Osteuropa — und dadurch zu einer gewissen Sterilität verurteilt. Die Mission liegt in den Händen europäischer, also fremder Missionsinstitute. Zudem kann diese Mission nur die Zahlen und Bedeutungsverhältnisse der Kirchen untereinander beeinflussen, da Konversionen bei den Muselmanen nicht vorkommen. Auch die wenigen europäischen Gemeinden, die sich aus den im Orient lebenden Europäern zusammensetzen, können dieses Bild nicht verändern (mit Ausnahme von Nordafrika, wo sie bisher ein integraler Bestandteil der Lan-

desbevölkerung waren). Durch Verfolgung, Auswanderung und Abfall werden die Kirchen des Orients von Jahr zu Jahr schwächer.

Wenn man all diese negativen Gegebenheiten summiert, kann man die Aussichten dieser letzten christlichen Reste in einer mehr oder minder geschlossenen islamischen Welt nur noch als hoffnungslos bezeichnen. Dennoch kann man andererseits nicht umhin, sie als eine der großen Hoffnungen der christlichen Mission im Orient und Afrika anzusehen. Für die Mission in den Ländern des Islams sind sie geographisch, sprachlich, liturgisch und geschichtlich die geeignetsten Vermittler des Christentums. In Afrika und im Fernen Osten könnten sie eines Tages die abendländische christliche Mission, die durch die Entstehung des asiatischen Nationalismus gefährdet und durch die gerade abgelaufene Ära des Kolonialismus kompromittiert ist, wirkungsvoll ersetzen. Auch hier können sich die Reste der orientalischen Kirchen von unschätzbarem Wert erweisen. Das christliche Morgenland gewinnt so für das christliche Abendland eine ungeheure Bedeutung. Den Kirchen des Orients ein Überleben zu ermöglichen und ihnen zu neuer Kraft zu verhelfen ist mehr als ein caritativer Akt oder

die Rettung einiger ehrwürdiger Namen der Kirchengeschichte; eine geeignete Unterstützung der Kirchen des Orients wird am Ende zur Rettung des christlichen Abendlandes beitragen.

Es soll an dieser Stelle nicht auf die einzelnen Kirchen des Orients eingegangen werden. Trotz der wesentlichen Unterschiede, die sie gegeneinander geltend machen, und trotz der Feindschaften, die sie füreinander hegen, sind sie letzten Endes alle dazu bestimmt, ein gemeinsames Leben zu tragen. Fast jede von ihnen ist noch einmal in sich gespalten, und diese Spaltung zwischen den mit Rom unierten und nichtunierten Kirchen mag eines Tages wieder aufhören und eine im Gebete vielfältige, jedoch im Glauben einige Kirche hervorbringen. Es ist gewiß nicht übertrieben, wenn man sagt, daß die christliche Zukunft des Orients im Schoße dieser Kirchen liegt. Bis dahin aber müssen sie erhalten und bestehen bleiben.

Die christlichen Minderheiten

Unsere Vorstellungen von den orientalischen Christen werden durch einen nicht unabsichtlich falsch gewählten Terminus beeinflusst. Wir müssen davon ausgehen, daß es so etwas wie eine „arabische Nation“ nicht eigentlich gibt. Es gibt nur eine Völkergruppe im Vorderen Orient, der von den Wüstenstämmen Arabiens eine neue Religion und somit auch eine neue Sprache und Kultur aufgezwungen wurde. Es ist dabei bedeutsam, daß die wirklichen Widerstände gegen den Islam aus dem religiösen Raum kamen. Die alten Staaten des Orients (eigentlich ein Teil des Ost-römischen Reiches) konnten als solche nur einen militärischen Widerstand leisten, und nachdem dieser einmal gebrochen war, hörten sie zu existieren auf. Die Religionen der vorderasiatischen Völker, die doch eher Synkretismen waren, wurden vom Islam schnell beseitigt. Es blieben also nur die beiden monotheistischen Bekenntnisse: das Christentum und das Judentum. Bedeutsam ist nun, daß die Christen nicht nur an der alten Religion, sondern auch an der alten Sprache festhielten. Während die spät-ägyptische Sprache, z. B. das Koptische, vom Arabischen vollkommen verdrängt wurde, erhielt sie sich als liturgische Sprache der ägyptischen Christen. Das gleiche geschah bei den Syrern. Es wäre demnach keineswegs abwegig, anzunehmen, daß die religiöse Differenzierung, ähnlich wie im Judentum, einen ethnischen Charakter erhielt. Die sprachlichen Eigenheiten der Christen im Bereich der Volkssprache mußten mit der Zeit aufgehoben werden; im religiösen Bereich sind sie geblieben.

Das Ottomanische Reich trug diesen Erscheinungen gewollt oder ungewollt Rechnung, indem sie die christlichen bzw. alle nichtmuslemischen Glaubensgemeinschaften als „Nationen“ bezeichnete und ihnen tatsächlich einen entsprechenden politischen Status einräumte, ohne daß dadurch die faktische Nationalität der Gläubigen festgelegt wurde.

Die Kirchen des Orients in der Welt des Islams

Es gibt keine geeigneteren Objekte der Unterdrückung und Verfolgung als eine machtlose ethnisch-religiöse Minderheit in einer konfessionell und kulturell einheitlichen Umgebung. Wenn das Glaubensbekenntnis dieser Umgebung nun noch so geartet ist, daß mit der „Verdrängung des Unglaubens“ ein gewisses religiöses Verdienst verbunden ist (dieses trotz der von Mohammed gebotenen Duldsamkeit), dann lassen sich die ungunstigen Folgen für

eine andersgläubige Minderheit hieraus ohne weiteres erkennen. Daß eine solche Minderheit überhaupt weiterexistiert, ist wohl nur dem Umstand zuzuschreiben, daß es dieser gelingt, sich in irgendeiner Form loszukaufen, so daß es für jene, die die Macht hätten, sie vollends zu vernichten, günstiger erscheint, sie weiterexistieren zu lassen. Es kann wie bei den Christen des Orients der Fall eintreten, daß diese Minderheit durch fremde Staaten, die ihrer Umgebung physisch überlegen sind, geschützt wird.

Im weltpolitischen Geschehen ist es üblich, daß geringere Werte gerne gegen größere eingetauscht werden, und so geschieht es, daß eine Minderheit zum Tauschobjekt wird. Wenn der Schutz einer solchen Minderheit ohnehin nur dem Vorwand für eine Intervention mit völlig anderen Zielen dient, dann verliert dieser Schutz sofort seinen Wert, wenn der Anlaß oder die Möglichkeit der Intervention fortfallen.

Als positiv an dieser realpolitischen Rechnung sind die Errungenschaften der modernen Zivilisation zu zählen, zu denen auch zweifellos die sich durchsetzende Anschauung gehört, daß die Andersgläubigkeit eines Menschen, solange sie nicht mit einer untragbaren politischen Meinung verbunden ist, noch nicht genügend Anlaß ist, ihn zu benachteiligen. Aber auch hier werden verständlicherweise nur die direkt oder indirekt beteiligten Parteien für die Verwirklichung dieser Grundsätze eintreten.

Der zu Anfang des 20. Jahrhunderts entstandene arabische Nationalismus war, obwohl er sich zuerst gegen die Herrschaft der fremden Osmanen wendete, eher territorialer als ethnischer Natur. Es sollte die Souveränität der „arabischen“ Territorien und Völker wiederhergestellt werden (im Grunde genommen sollte überhaupt erst die Souveränität arabischer Souveräne geschaffen werden). Es sollte ein arabisches Reich, dessen Merkmale Islam und arabische Sprache waren, errichtet werden. In der Tat sind im Laufe der letzten 50 Jahre einige Staaten entstanden, die äußerlich wenigstens eine gewisse Ähnlichkeit mit europäischen Nationalstaaten aufweisen. Die nominell demokratischen Regierungsformen dieser Staaten sind aber kaum mehr als ein Versuch, überhaupt nach einem System zu regieren, welches nicht das kaum mehr durchführbare monarchisch-theokratische System des Islams ist. Dennoch bleibt der Islam im Vordergrund. Er ist die Religion der Massen und Individuen. Er ist das, was die arabischen Staaten überhaupt möglich machte — ihre Kultur und Geschichte, ihre Lebens- und Denkart als arabische Staaten. Der Islam ist wie jede wirkliche Religion nicht nur ein spezifisches Glaubensbekenntnis, sondern auch dessen gelebte Konsequenz.

Die christlichen Minderheiten haben sich an den nominellen Wert „Nation“ gehalten und, soweit es ihnen möglich war, versucht, „Araber“ zu sein. In manchen Fällen haben sie einen gewissen Erfolg damit erzielen können — Armenier werden jedoch nie zu Arabern werden. Dieser Erfolg ist nur durch bestimmte politische Gegebenheiten, die von recht kurzer Dauer sein können, bedingt. Es hat sich bisher immer wieder erwiesen, daß die Assimilation einer sehr schwachen Minderheit an eine sehr starke Mehrheit nur dann von Erfolg ist, wenn die erstere in dieser Mehrheit tatsächlich aufgehen kann. Die Voraussetzung dafür wäre für die Christen des Orients die Aufgabe ihres Christentums, das sie eben wesentlich von ihrer

Umgebung unterscheidet. Die Gegensätze zwischen arabischen Christen und Muslimen sind vor allen Dingen religiöse Gegensätze, welche wiederum die kulturellen Gegensätze zur Folge haben, die sich wegen der Eigenart des Islams nicht überbrücken lassen.

Ein Erstarken der islamisch-religiösen Bewegung führt notwendigerweise zur Schwächung und in der Folge zur Unterdrückung und schließlich Vernichtung der christlichen Kirchen im geographischen Raum des Islams. Es ist heute nicht einmal mehr nötig, auf die grauenhafte Vernichtung der Christen im zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts im türkischen Reich hinzuweisen, welche an Grauenhaftigkeit nur noch von der Vernichtung des europäischen Judentums übertroffen wurde. Die Entwicklung in Indonesien, wo im Laufe der letzten Jahre mehrere tausend Christen von fanatischen Muslimen ermordet wurden, oder die jüngsten Ereignisse in der Türkei (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 124) dürften vorerst ausreichen, um wenigstens die Christen im Orient zu warnen.

Schutzbedürfnis

Obwohl die Entwicklung in den Kirchen des Orients in den letzten zwanzig Jahren vorwiegend im Zeichen der Assimilation steht, werden sie sich ihrer Schutzbedürftigkeit mehr und mehr bewußt. Der Schutz, den sie durch die Intervention der europäischen Mächte genossen, ging zwar von fragwürdigen Motiven aus, bot aber immerhin eine gewisse Sicherheit. Nachdem die europäischen Mächte ihre Position im Vorderen Orient liquidieren mußten und aus bestimmten Gründen die inneren und eigenen Angelegenheiten der arabischen Staaten immer mehr respektieren müssen, sehen sich die Christen des Orients der Gnade ihrer islamischen Umwelt ausgeliefert. Am sichersten dürften sich bisher die Gläubigen der katholischen Kirche fühlen, die neben den Protestanten immer noch durch eine auch politisch einflußreiche Kirche geschützt werden. Ähnliches trifft für die mit Rom unierten Kirchen zu. Alle anderen Kirchen aber, Kopten, Armenier, Jakobiten usw., sehen sich in einer gefährlichen Situation. Aber auch die orientalischen Katholiken leben heute viel unsicherer als etwa vor zwanzig Jahren. Selbst der Libanon, ein Staat, in dem es mehr Christen als Muslimen gibt, steht unter einem gewissen Druck der muslimischen Nachbarstaaten.

Die Christen des Orients, die es ehrlich versuchten, sich ihrer islamisch-arabischen Umwelt anzugleichen, sehen sich zur gleichen Zeit gezwungen, Schutzmächte zu suchen, welche ihnen in einer höchst unsicheren Zukunft beistehen könnten.

Stärkung des Islams

Man mag es als unsinnig ansehen, wenn man heute von einer Stärkung des Islams in der arabischen Welt sprechen wollte. Die fortschreitende Industrialisierung in den Staaten des Nahen Ostens und der Einfluß der westlichen Zivilisation haben das Ihrige dazu getan, um auch in diesen religiös verhältnismäßig konservativen Staaten eine Vernachlässigung des religiösen Lebens zu bewirken. Man sollte auch meinen, daß die Entstehung von Nationalstaaten die bisher theokratisierenden Regierungsformen — und mit diesen den Einfluß der Religion auf das politische Leben — zurückdrängen würden. Beide Erscheinungen sind ohne weiteres erkennbar. Zu gleicher Zeit läßt sich aber auch erkennen, daß die abendländi-

schen Maßstäbe und historischen Perspektiven auf die Entwicklung im Nahen Osten nicht ohne weiteres angewandt werden können. Die Gefahr einer sozialen Revolution ist mit Ausnahme von Ägypten und Persien relativ gering. Die durch soziale Mißstände hervorgerufenen Unruhen nehmen bisher immer wieder den Charakter einer nationalen Erhebung an. Diese wendet sich vorerst immer noch gegen einen realen oder fiktiven Rest der Fremdherrschaft. Die nationale Bewegung versucht wenigstens äußerlich, moderne Staatswesen zu schaffen. Es kommt dabei immer wieder zu Auseinandersetzungen mit den konservativen Elementen des Islams, die am Ende doch noch die stärkste politische Macht sind, weil sie allein die Massen der Gläubigen auch auf die Dauer an sich zu binden vermögen.

Die arabischen Nationalisten sind nun gezwungen, mit der muslimischen Orthodoxie zu konkurrieren oder aber diese auszuschalten. Dafür gibt es heute wohl nur eine Möglichkeit, nämlich eine verstärkte Islamisierung der arabisch-nationalistischen Bewegung, welche logischerweise der Totengräber der theokratisierenden islamischen Orthodoxie sein müßte. Die politisch vorsichtigen arabischen Nationalisten versuchten sich mit der islamischen Orthodoxie zu verbünden. Die Bündnisse waren nur dann von Dauer, wenn die Bedingungen der islamischen Orthodoxie angenommen wurden. Diese ist in ihrem Raume noch so stark, daß sie es nicht nötig hat, andere als ihresgleichen für längere Zeit neben sich zu dulden.

Selbstverständlich könnte man auf die Türkei und auf die jüngsten Entwicklungen in Ägypten hinweisen, um zu zeigen, daß eine großzügige Säkularisierung auch in den islamischen Staaten möglich ist. Aber was bedeutet hier Säkularisierung? Doch nichts anderes, als daß die Macht der religiösen Körperschaften auf den Staat übertragen wird. Dadurch hört der Staat nicht auf, muslimisch zu sein, denn allein durch den Islam und durch die arabische Sprache können sich diese Staaten in nationaler Hinsicht identifizieren. Die Sprache, die eine Folge der Islamisierung ist, würde hierzu allein nie ausreichen und vorerst auch eine territorial-ethnische Identifizierung nicht, denn beide Vorstellungen sind dem Islam — ursprünglich einer Religion von Nomaden — fremd.

Gerade die Bemühungen Ägyptens um die Islamisierung des afrikanischen Kontinents, die sowohl von nationalen wie auch von religiösen Motiven ausgehen, zeigen, wie sehr sich Islam und arabisch-nationale Bewegung überschneiden.

Das, was nach außen hin als eine Schwächung des Islams erscheinen mußte, scheint sich in sein genaues Gegenteil zu entwickeln: Soziale Unruhe und nationale Unfreiheit schaffen eine nationale Bewegung nach abendländischem Muster, welche letzten Endes gezwungen ist, sich zu einer quasi-religiösen Bewegung zu entwickeln.

Islam und Kommunismus

Die Gegensätze zwischen Islam und Kommunismus sind wie bei fast jeder echten religiösen Bewegung kaum zu überbrücken. Vom Kommunismus her gesehen, ist der Islam eine Religion und als solche an und für sich mit marxistischer Weltanschauung nicht vereinbar. Vom Islam her gesehen, ist der Kommunismus eine gottlose Weltanschauung, die ein wirtschaftliches und soziales System zum Ziele hat, welches mit der islamischen Vorstellung einer sozialen Ordnung nicht zu vereinbaren ist.

Die muslimischen Staatsmänner pflegten immer wieder auf diese Gegensätze hinzuweisen, wenn es ihnen günstig schien. (Bei Verhandlungen mit den Amerikanern z. B. hat sich dieses Argument als sehr vorteilhaft erwiesen und seine Wirkung auf die öffentliche Meinung in den USA nie verfehlt.)

Ob diese Anschauungen wirklich so unvereinbar sind, müßte freilich erst sehr sorgfältig geprüft werden.

Nicht unwesentlich ist es, daß es eine ideologische Auseinandersetzung zwischen Islam und Kommunismus (mit Ausnahme von Nordafrika) kaum gibt. Die kommunistische Taktik im Orient ist von der im Abendlande angewandten sehr verschieden. Die Kommunisten haben ziemlich richtig erkannt, daß der Nahe Osten auf Grund seiner wirtschaftlichen und sozialen Struktur für eine sozialistische Revolution noch nicht reif ist. Daher fördern sie die nationalistische Bewegung, welche erst einmal die „bürgerlichen“ Staatswesen schaffen soll, in denen jene Klassen entstehen, welche Träger einer sozialistischen Revolution sein können. Bis dahin werden wenigstens 30 bis 50 Jahre vergehen müssen. Sie vermeiden jede Diskussion über religiöse Fragen, um die islamische Orthodoxie geneigter zu machen. Sie suchen Bündnisse mit arabischen Intellektuellen — denjenigen also, die die bürgerliche Revolution fördern können — und sogar mit der religiösen, semifaschistischen muslimischen Bruderschaft, weil diese die westlichen Einflüsse im Orient ausschalten will. (Die muslimische Bruderschaft, deren Stärke erheblich überschätzt wird, ist einem Bündnis „auf Zeit“ mit dem Kommunismus keineswegs abgeneigt, da sie sich der Hilfe der Sowjetunion gegen die westlichen Staaten versichern will und zur gleichen Zeit für den Ernstfall auf die Hilfe der westlichen Staaten rechnen kann. Zudem gibt die Bruderschaft vor, daß die vom Islam geforderte Nächstenliebe mit den sozialistischen Prinzipien manches gemeinsam habe.) Man kann zur Zeit von religiösen Vorstößen der Sowjetunion in Asien sprechen. Die Muslimen in Rußland nehmen die Beziehungen mit dem muslimischen nichtkommunistischen Orient auf. Zum ersten Male seit vielen Jahren kommen russische Pilger wieder nach Mekka. Auch an der Al-Azhar-Universität in Kairo studieren wieder russische Studenten. Über das tatsächliche Maß des kommunistischen Einbruchs im Vorderen Orient wurde an dieser Stelle schon berichtet (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 241).

Die arabischen Staaten stehen heute nicht mehr auf der Seite des Westens. Gewiß würden sie alles tun, um eine kommunistische Revolution in ihren Ländern zu unterdrücken, aber welche Regierung täte das schließlich nicht? Sie zögern jedoch keinen Moment, sich auf die Seite des Ostens zu stellen, wenn das mit einem auch nur geringfügigen Vorteil für sie verbunden ist. Allein die Türkei, die seit über 200 Jahren das Ziel der russischen Expansion im östlichen Mittelmeergebiet ist, hat sich bisher von allen russischen Einflüssen ferngehalten. Aber auch hier machen sich Entwicklungen bemerkbar, die zu denken geben. In der Auseinandersetzung über Zypern werden sich die Türken auch von den Sowjets unterstützen lassen. Russische Angebote auf wirtschaftlichem Gebiet werden ihren Zweck gerade in dem Moment, da die USA zögern, weitere Mittel in der Türkei zu investieren, nicht verfehlen.

Die Verteidigung des Vorderen Orients

Die militärische Schwäche der arabischen Staaten ist seit einigen Jahren ihre außenpolitische Stärke. Unfähig, sich

gegen eine russische Invasion zu verteidigen, stellen sie eine Lücke im westlichen Verteidigungssystem dar. Es ist selbstverständlich, daß die Westmächte um jeden Preis versuchen, diese Lücke zu schließen. Dies ist aber heute nur noch mit dem Einverständnis der betreffenden Staaten möglich, nachdem England und Frankreich sich gegenseitig aus dem Vorderen Orient zu verdrängen suchten und die Vereinigten Staaten das Ihre dazu getan haben, daß beide Staaten ihre Position im Nahen Osten aufgeben mußten. Die Bedingungen, die die arabischen Staaten stellten, sind ziemlich eindeutig: Bewaffnung ohne Verbindlichkeiten. Man meint wenigstens in Amerika, daß eine mehr oder weniger unverbindliche Bewaffnung in absehbarer Zeit zu einem verbindlichen Militärbündnis führen könnte. Daß diese Politik mit erheblichen Risiken verbunden ist, hat man auch dort nicht übersehen. Die arabischen Staaten ihrerseits, vor allem die Staaten der arabischen Liga, haben bisher alles getan, um sich von einem regionalen Militärbündnis fernzuhalten. Sie legen dabei einen Sinn für politische Realitäten an den Tag, wie man ihn bei arabischen Politikern selten findet. Ihre Rechnung ist denkbar einfach: Mit oder ohne westliche Waffenhilfe muß der Nahe Osten von den Westmächten und der Türkei verteidigt werden. Gegenüber den sowjetischen Armeen ist das militärische Potential der arabischen Staaten unerheblich. Die Waffenlieferungen des Westens sind aber gerade gut genug, damit die arabischen Staaten sich gegeneinander verteidigen oder bekriegen können. Sie können auch noch in einem Kriege gegen Israel und für die künftigen Entwicklungen in Afrika, von denen noch zu sprechen sein wird, Verwendung finden. Ein militärisches Bündnis mit den Westmächten hingegen würde diese „vorläufige“ Verwendung der Waffenlieferungen unmöglich machen.

Unterdessen werden die arabischen Staaten selbst durch geringfügige Waffenlieferungen sowohl vom Westen als auch vom Osten her gestärkt, was sich in den politischen Entwicklungen in Nordafrika bemerkbar macht und was sich sehr bald in Ost- und Zentralafrika bemerkbar machen kann.

Afrika

Seit einigen Jahren tritt die islamische Mission in Ost- und Zentralafrika wieder stärker in den Vordergrund. Die Erfolge dieser Mission lassen sich aus den Statistiken teilweise ersehen. Für die christliche Mission stellt sie eine nicht ungefährliche Konkurrenz dar. Ihre Erfolge sind verständlich, wenn man bedenkt, daß das Heidentum der Neger von den Negern selbst nicht mehr richtig verstanden werden kann, daß es den zivilisatorischen Entwicklungen nicht mehr gerecht wird und daß schließlich jeder Religionswechsel für den Neger einen sozialen Aufstieg bedeutet. Solange der weiße Christ im Vordergrund stand, war es das Christentum, welches den heidnischen Neger wenigstens zu einem „Halbmenschen“ machte (ungeachtet dessen, daß das Christentum auch als Religion zusagte). Mit dem Erstarren der arabischen Staaten aber und mit dem auflebenden Nationalismus der Neger, welche von diesen Staaten her eine Unterstützung erwarten durften, mußte auch das Interesse der Neger am Islam steigen. Zudem kennt der Islam keine Rassenprobleme, und die arabischen Staaten können bisher darauf hinweisen, daß sie selbst Opfer des europäischen Imperialismus seien (die arabischen Sklavenjäger — die auf andere Art ja noch tätig sind, denn der Sklavenhandel blüht in

Arabien immer noch — wurden wahrscheinlich schneller vergessen als die christlichen). Auch die muslimischen Sittengesetze, welche auf der einen Seite das Leben des Gläubigen in jeder Beziehung regeln, auf der anderen Seite keine allzu großen Forderungen an die Geschlechtmoral stellen, mögen den Negern eher zusagen. Heute scheint jedoch vorwiegend der Umstand, daß der Islam keine „weiße“ Religion ist, den Ausschlag zu geben.

Da eine Trennung von Kirche und Staat in den meisten Ländern des Islams bisher noch nicht durchgeführt worden ist (und in Ägypten, wo sie teilweise durchgeführt wurde, eher zu einer Islamisierung des Staates führte, und diesen zu einem muslimisch-politischen Faktor ersten Ranges machte), erhält die muslimische Mission in Afrika eine politische Bedeutung, die nicht mehr übersehen werden kann. Die ägyptischen Wünsche im Sudan, die heute wahrscheinlich ihrer Erfüllung entgegengehen, da an einem späteren Anschluß des Sudans an Ägypten kaum zu zweifeln ist, werden Ägypten wieder zu einem Grenz Nachbar des christlichen Abessinien machen. Der Sudan war zwar auch vorher zum überwiegenden Teil muslimisch, aber eben kein muslimischer Staat. Die relativ wenigen Christen dieses Landes werden genau wie in den anderen Ländern des Islams sehr bald isoliert sein. Es bleibt in der Tat abzuwarten, ob ihnen nicht Schlimmeres bevorsteht (vgl. auch unsere Meldung „Die Katholiken im Sudan“; ds. Heft, S. 411). Darüber hinaus wird an den Grenzen Abessinien ein muslimischer Staat entstehen, und eine derartige Veränderung in der politisch-religiösen Struktur Ostafrikas wird wenigstens die sehr große muslimische Minderheit in diesem christlichen Lande stärken und wahrscheinlich auch zu Unruhen führen.

Die ägyptischen Interessen im Sudan sind stark wirtschaftlicher und militärischer Natur. Sie lassen sich aber nur deshalb verwirklichen, weil die Bevölkerung dieses Landes vorwiegend muslimisch ist. Wahrscheinlich wird die ägyptische Expansion nicht an den Grenzen des Sudans aufhören. Der Anschluß des Sudans kann für das politisch unruhige Innerafrika noch schwerwiegende Folgen haben.

Der ägyptische Staatspräsident Nasser hat denn auch seine Absichten bei einem Treffen der Präsidenten von Ägypten und Pakistan und dem König von Saud in Mekka mit folgenden Worten zu erkennen gegeben: „Ich hoffe, die Westmächte werden gegen unseren Missionsfeldzug zur Rettung Afrikas nichts unternehmen, weil die Herrschaft des Islams in Afrika ein Wall gegen den Kommunismus sein wird“ (vgl. „Wort und Wahrheit“, November 1954, S. 875). Große Worte und Forderungen gehören zur orientalischen Politik und sind dementsprechend zu werten. Dennoch sind die Äußerungen Nassers ernst zu nehmen. Die islamische Mission in Afrika und der Anschluß des Sudans an Ägypten werden die Zukunft des Christentums in diesem Erdteil genauso in Frage stellen wie in den arabischen Staaten selbst.

Die Christen des Orients und die Sowjetunion

Für die nicht mit Rom unierten Kirchen des Ostens in den Ländern des Islams war Rußland vor dem Ersten Weltkrieg die allgemein anerkannte Schutzmacht. Obwohl auch Rußland im Orient imperialistische Interessen verfolgte, hat es sich doch bemüht, diese Aufgabe gewissenhaft zu erfüllen, und es beschützte auch jene Kirchen, die

in Rußland selbst gewissen Verfolgungen ausgesetzt waren. Durch die bolschewistische Revolution und durch die Auflösung des osmanischen Reiches wurde Rußland aus dem Orient verdrängt. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich dieses Bild wiederum verändert. Die Westmächte, die ein Bündnis mit den arabischen Staaten suchen, können nicht mehr als Beschützer der Christen auftreten, welche offiziell in diesen Staaten gleichberechtigte Bürger sind. Sie dulden es unter Umständen stillschweigend, daß ihre eigenen Missionsinstitute, gleichgültig ob es sich um katholische oder protestantische Niederlassungen handelt, in den Missionsländern bedenklichen Einschränkungen unterworfen werden.

Nachdem die Assimilationspolitik der orientalischen Kirchen durch das Erstarren des Islams zum Scheitern verurteilt ist, werden die Kirchen des Orients neue Schutzmächte suchen müssen. Den nichtunierten Kirchen bietet sich hier plötzlich die Sowjetunion an. Die russisch-orthodoxe Kirche, die nach dem Zweiten Weltkrieg wieder in den Vordergrund trat, versucht — selbstverständlich auf Wunsch der Sowjetregierung — ihre alten verlorenen Positionen im Orient wieder zu erobern. Dieses könnte ihr eben auf Grund der neuen Entwicklungen gelingen. Der orthodoxe Patriarch von Antiochia z. B. hat die Beziehungen zum Moskauer Patriarchat wieder aufgenommen. Auch in der armenischen Kirche machten sich in den letzten Jahren die Sympathien für Sowjetarmenien sehr bemerkbar, und ein geringer Teil der armenischen Diaspora kehrte, einer Aufforderung der sowjetischen Regierung folgend, dorthin zurück. Der griechisch-orthodoxe Patriarch von Alexandria steht unter sowjetischem Einfluß. Im Jerusalemer (orthodoxen) Patriarchat ist die Lage noch unklar. Die arabischen (griechisch-orthodoxen) Gläubigen stehen eindeutig auf Seiten der Kommunisten (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 388), während der griechische höhere Klerus sich ablehnend verhält.

Es ist an dieser Stelle kaum möglich, die so wenig durchsichtigen Entwicklungen im einzelnen darzulegen. Es genügt wohl, festzustellen, daß die Aussichten der orthodoxen Kirche Rußlands im Orient keineswegs gering sind. Die Haltung der Ostkirchen, d. h. ihrer Hierarchien, ist dem Kommunismus gegenüber ablehnend. Man muß jedoch die kritische Situation, in der sie sich befinden, mitbeachten, um ihre zukünftigen Entscheidungen würdigen zu können. Die Bedrohung seitens ihrer islamischen Umwelt ist kaum kleiner als eine mögliche Bedrohung durch ein kommunistisches Regime, welches wenigstens die Hierarchie nicht wünscht. Ein Bündnis mit der orthodoxen Kirche Rußlands wird nie den Charakter einer auch religiösen Bindung verlieren.

Für die Laien der nichtunierten Ostkirche ergibt sich aber noch eine andere Situation. Nach jahrhundertelanger Verfolgung und Bedrückung muß für sie ein politisches System, welches ihnen ein Leben als freie Menschen verspricht, eine große Anziehungskraft besitzen. Die Kirchen des Ostens sind schließlich nicht nur religiöse Institutionen, sondern auch ethnische Gebilde, und so ist es für einen Armenier z. B. mehr als eine religiöse Entscheidung, wenn er Mitglied der kommunistischen Partei wird, die ihm und seinem Volke ein Leben in „Frieden und Freiheit“ verspricht. Daß die Erfolge der kommunistischen Propaganda, die hier ohnedies religiöse Auseinandersetzungen vermeidet, unter diesen Umständen groß ist, versteht sich von selbst.

Auch die Tatsache, daß die russischen Muslimen das gleiche versuchen wie die russische Kirche, kann daran wenig ändern, solange das politische System die Gleichberechtigung der Religionen und Völker verspricht.

Aber auch die unierten Ostkirchen sind von derartigen Gefahren nicht ganz frei. Von ihrer muslimischen Umgebung her bedroht sie schließlich das gleiche Schicksal wie die nichtunierten Christen. Der Laden eines Jakobiten ist äußerlich von dem eines Maroniten nicht zu unterscheiden. Die katholischen Intellektuellen stehen vor einer genauso wenig aussichtsreichen Zukunft wie die koptischen. Der Unterschied ist nur eben der, daß die Katholiken nach Rom schauen, während die nichtunierten Kirchen sich langsam nach Moskau wenden.

Daß und inwieweit die orientalischen Christen aus Furcht vor ihrer muslimischen Umgebung handeln und wie hilflos sie in dieser Furcht sind, läßt sich heute nicht erkennen. Solange die einmal eingeschlagene Linie der Assimilation verfolgt wird — und sie wird so lange verfolgt werden, bis sich ihre Sinn- und Nutzlosigkeit endgültig erwiesen

hat —, ist jede direkte Äußerung dieser Furcht unmöglich. Die Christen im Orient genießen heute zwar den Vorteil, daß die arabisch-nationale Bewegung sich noch nicht endgültig behaupten konnte, daß diese auf die Mitwirkung der Christen angewiesen ist und daß eine Möglichkeit fremder Intervention ausgeschaltet werden soll, indem vorgegeben wird, daß zwischen muslimischen und christlichen Arabern nicht zu unterscheiden ist. Im Zeichen derartiger Krisen auf die vergangenen und eventuell zukünftigen Verfolgungen hinzuweisen, könnte sich nur fatal auswirken.

So hat nun die Situation der orientalischen Christen einen gewissen Grad der Absurdität erreicht: Um den Orient vor dem Kommunismus zu schützen, wird der Islam von den „christlichen“ Westmächten unterstützt und gestärkt. Um sich selbst vor dem Islam zu schützen, sehen sich wenigstens die nichtkatholischen Christen des Vorderen Orients gezwungen, Verbindung mit einer immerhin kommunistisch orientierten Kirche aufzunehmen.

Aus der Ökumene

Die Kirche in der modernen Gesellschaft

Heinz-Dietrich Wendlands christologische Sozialethik

In den letzten Jahren hat diese Zeitschrift aufmerksam das Bemühen evangelischer Theologen um eine zeitgemäße Sozialethik verfolgt, die sowohl dem neuen kirchlichen Verantwortungsbewußtsein wie auch den Erkenntnissen der neutestamentlichen Exegese entspricht. Das geschah mit der Frage, welche Möglichkeiten sich daraus ergeben, für die vorhandene und bewährte politische Zusammenarbeit der Christen auch gemeinsame theologische Fundamente zu finden. Bei dem Werke von Walter Künneth, „Politik zwischen Dämon und Gott“, das auf dem lutherischen Gegensatz der zwei Reiche und den göttlichen „Erhaltungsordnungen“ anstelle eines Naturrechts beruht, war das nicht leicht (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 383 ff.), bei der „Theologischen Ethik“ von Helmut Thielicke, die wesentlich an die vom Heiligen Geist ermöglichte „Improvisation der Liebe“ in den jeweiligen Grenzsituationen glaubt, war es noch schwieriger (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 425 ff.). Beide Theologen wahren eine mit viel Verständnis gepaarte Abneigung gegen das katholische Naturrecht und betonen stark die Dämonien dieser Welt, die es unmöglich machen, die ursprünglichen Ordnungen Gottes, die Natur des Menschen, zu erkennen und zu bewahren. Beide denken eschatologisch, das heißt nicht von der Schöpfung, sondern von der neuen Kreatur in Christus her. Wenn es gelänge, ihren Ansatz bei der Gnade oder bei der Königsherrschaft Christi, heute beiden Konfessionen ein zentraler Begriff, zu vereinen mit dem katholischen Ansatz gleichzeitig bei Natur und Vernunft, so wäre viel gewonnen.

Anscheinend mußte der Anlaß zu einer solchen Vereinigung erst aus dem innerökumenischen Gespräch erwachsen, dem Künneth wie Thielicke sich unseres Wissens fernhalten. Denn nun liegt eine dritte lutherische Sozialethik — oder ein Umriss dazu — von Heinz-Dietrich Wendland, Münster, vor: „Die Kirche in der modernen

Gesellschaft“ (Entscheidungsfragen für das kirchliche Handeln im Zeitalter der Massenwelt. Furche-Verlag, Hamburg 1956, 247 S.). Der Verfasser meint, daß zur Zeit Vollständigkeit in dieser Sache unerreichbar ist, „weil hierfür noch eine Fülle von Vorarbeiten zu leisten sind, die nur aus der Zusammenarbeit von Soziologen, Wirtschaftswissenschaftlern und Theologen hervorgehen können“. Er will daher das Thema nur einkreisen. Angeregt wurde er dazu durch Mitarbeit und Kritik an dem theologischen Dokument über die Hoffnung und den zugehörigen Themen der Weltkirchenkonferenz von Evanston 1954 (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 67), sowie am sozialen naturrechtlichen Humanismus des angelsächsischen Christentums. Dazu kommen die Erfahrungen des Kirchenkampfes und der ökumenischen Bewegung, die Wendland zu der Ansicht gebracht haben, daß der traditionelle Begriff der „Sozialethik“ zu eng ist. Auch die bisher gebräuchlichen Begriffe der theologischen Ethik („Erhaltungsordnungen“ und ähnliche) seien hinsichtlich einer Theologie der Gesellschaft durchaus unzureichend. „Es ist die erste Pflicht der Theologie, die revolutionäre Dynamik des Gesellschaftsprozesses zu erkennen, der die überlieferten sozial-ethischen Begriffe nicht gemäß sind.“ Zu einer theologischen Soziologie oder Analyse der Gesellschaft (Wendland verweist hier auf die katholischen Soziallehren) müsse die theologische Kritik der Gesellschaft treten. Der Standort des Theologen sei „durch die Sendung der Kirche bestimmt“, die, unbeschadet ihrer soziologischen Wirklichkeit, von Gott stammt und eigenen Rechtes ist. Denn das Amt der priesterlichen Versöhnung, das dem Theologen obliegt, ist göttlichen Rechtes und steht der Gesellschaft jeweils gegenüber (19), zumal da sich die moderne Gesellschaft gegen die Kirche verselbständigt und verweltlicht habe. In neuester Zeit habe sich insbesondere gezeigt, daß „der Humanismus, der die Gesellschaft auf die Natur und Vernunft des Menschen begründete, ob liberaler oder sozialistischer Gestalt, unfähig ist, die neue Integration einer aus den Fugen geratenen Gesellschaft zu vollziehen.“